



Neue Wachstumsprognosen Konjunkturstabilisierung, aber hohe Risiken

Die Forschungsinstitute haben ihre Gemeinschaftsdiagnose vorgestellt. Die Konjunktur weltweit und in Deutschland stabilisiert sich. Das ist vor allem ein Verdienst der früher geschmähten Konjunkturpolitik. Die Risiken für die weitere Entwicklung sind aber hoch, ein kräftiges Wachstum ist nicht zu erwarten. Die Arbeitslosigkeit wird steigen. In ihren Empfehlungen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte verharren die Institute in den alten Denkmustern einer Kürzungspolitik. Die IG Metall fordert dagegen eine gerechte Steuerpolitik, die die Einnahmeseite stärkt und die Kosten der Krise nicht den Arbeitnehmern aufbürdet.

Aktive Konjunkturpolitik stabilisiert Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft zeigt Zeichen einer Stabilisierung, es kommt zu einer Bodenbildung auf niedrigem Niveau. In diesem Jahr rechnen die Institute noch mit einem Rückgang der **weltweiten Produktion** um 2,5 Prozent, für nächstes Jahr wird ein moderater Anstieg von zwei Prozent erwartet. Der Welthandel soll nach einem dramatischen Einbruch von 10,5 Prozent in 2009 im kommenden Jahr wieder um 5,5 Prozent zulegen.

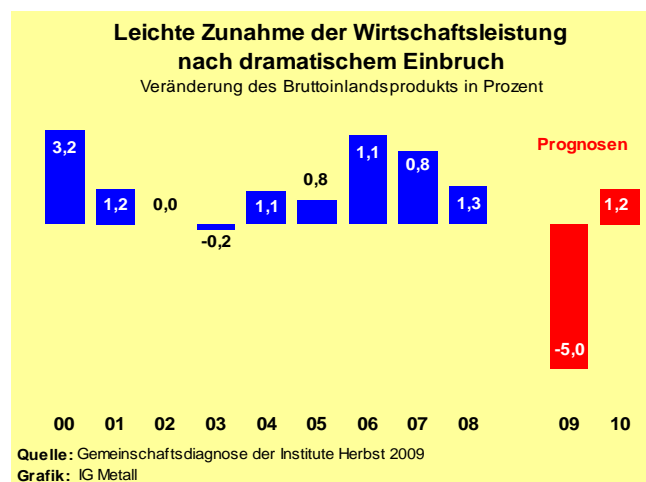
Triebfeder sind die **Schwellenländer**, die um 4,9 Prozent wachsen sollen. Vor allem China und Indien überwinden die Rezession schnell. In den **Industrieländern** bleibt das Wachstum nach der Prognose auch 2010 mit 1,1 Prozent äußerst verhalten.

Dabei erkennen die Institute die **Rolle der aktiven Konjunkturpolitik** ausdrücklich an. „Die ... einsetzende Stabilisierung ist wesentlich auf die massiven wirtschaftspolitischen Interventionen seit Herbst 2008 zurückzuführen“. Noch vor nicht allzu langer Zeit wurden solche staatlichen Eingriffe als wirtschaftlich nutzlos (Strohfeuer) und ordnungspolitisches Teufelszeug gebrandmarkt.

Deutschland überwindet Tiefpunkt

Die Konjunktüreinschätzung der Institute für Deutschland bewegt sich im Rahmen anderer Prognosen. Danach hat Deutschland den **Tiefpunkt der Krise erreicht** und wird im nächsten Jahr in der Wirtschaftsleistung leicht zunehmen. Die Entwicklung vollzieht sich allerdings wegen des dramatischen Einbruchs im Winter 2008/09 auf **extrem niedrigem Niveau**.

Gegenüber dem Frühjahrsgutachten wurde die Prognose leicht angehoben. Es wird für 2009 ein Rückgang der Produktion um fünf Prozent erwartet und für 2010 ein Anstieg von 1,2 Prozent. Die Institute sehen allerdings auch **hohe Risiken** für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.



Exporte beflügeln Konjunktur

Der Prognose zufolge soll die Binnennachfrage gerade einmal 0,2 Prozentpunkten zum Wachstum 2010 beitragen. Über den Staatskonsum und die Bauinvestitionen wirken die **Konjunkturpakete** stimulierend. Bei den **Ausrüstungsinvestitionen** wird nur ein leichtes Plus erwartet. Wegen schwach ausgelasteter Kapazitäten bleibt die Investitionsnachfrage verhalten.

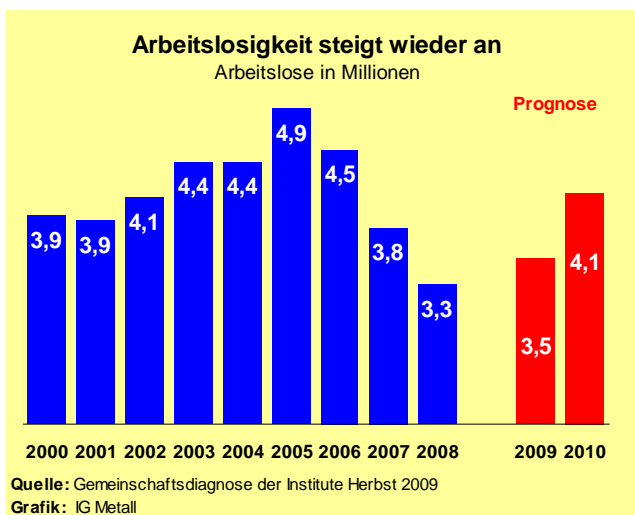


Der **private Verbrauch** soll weiter schrumpfen. Das ist angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit und schwieriger Verhandlungsbedingungen für Lohnsteigerungen eine realistische Annahme.

Fast das gesamte Wachstum soll vom **Außenhandelsüberschuss** getragen werden. Dahinter steht eine prognostizierte Zunahme der Exporte um 6,1 Prozent, bei um vier Prozent steigenden Importen. Ob das funktioniert, ist mehr als fraglich. Das IMK zum Beispiel erwartet einen Zuwachs des Exports von nur 2,1 Prozent. Der wichtigste Exportmarkt, die Eurozone, soll lediglich um 0,7 Prozent wachsen. Die Exporte in die aufstrebenden Wachstumsregionen Asiens werden nicht ausreichen.

Arbeitsmarkt: Ausstieg aus der Kurzarbeit

Bis Ende 2010 erwarten die Institute einen weitgehenden Ausstieg aus der Kurzarbeit. Dementsprechend steigt bei nur leichtem Wachstum die Arbeitslosigkeit an, allerdings nicht so stark wie noch im Frühjahr prognostiziert. **Im Jahresdurchschnitt 2010 sollen es etwas mehr als vier Millionen Arbeitslose werden.**



Allerdings werden diese Zahlen durch **statistische Änderungen** geschönt und durch die **demographische Entwicklung** entlastet. Diese Effekte reduzieren die Zahl der Arbeitslosen um 340.000. Belastend für den Arbeitsmarkt wirkt dagegen ein starker **Anstieg der Produktivität**. Die Institute erwarten eine Steigerung je Erwerbstätigenstunde um 2,4 Prozent. Damit wäre der Produktivitätseinbruch in diesem Jahr mehr als ausgeglichen.

Risikofaktor Banken

Kräftige Gewinne bei einigen Banken und stark steigende Aktienkurse dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die **Finanzmarktkrise** noch nicht überwunden ist. Die Institute kommen zu keiner eindeutigen Einschätzung, ob es eine **Kreditklemme** gibt. Sie tendieren eher dazu, dass dies flächendeckend nicht der Fall ist. Allerdings konstatieren sie eine deutliche Verschärfung der Konditionen und eine zwischen den

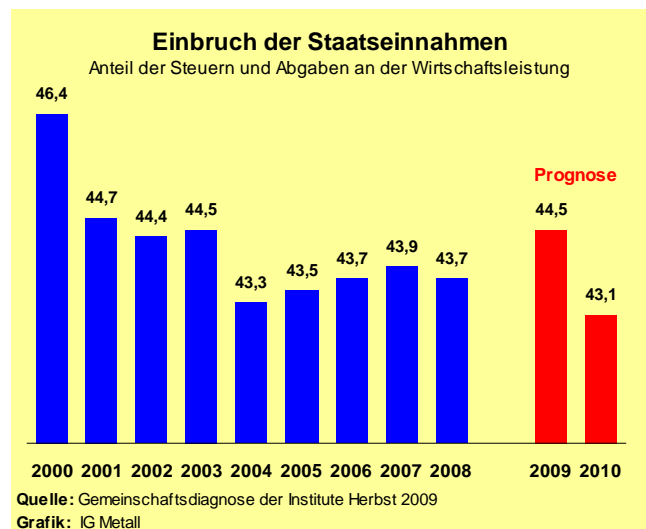
Unternehmen stark variierende Lage. Für viele ist die Refinanzierung tatsächlich gefährdet.

Politikempfehlung der Institute: Kahlschlag bei öffentlichen Ausgaben

Bei den Politikempfehlungen fallen die Institute in alte Dogmen zurück. Um die Kosten der Krise zu bewältigen, sollen ausschließlich die Staatsausgaben gekürzt werden. Steuererhöhungen werden weitgehend abgelehnt.

Jährlich sollen 12 Milliarden Euro eingespart werden. Das träfe vor allem Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslose. Die Profiteure der Finanzmarktblase kämen dagegen ungeschoren davon. Dabei sind Einnahmesteigerungen mehr als notwendig.

- Die Einnahmen des Staates (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) werden 2010 auf einen historischen Tiefstand fallen.
- Bereits in den vergangenen beiden Jahren wurden mit Steuerrechtsänderungen die Staatseinnahmen dauerhaft weiter gesenkt, für 2010 im Volumen von 25,8 Milliarden Euro.
- Eine stärkere Belastung großer Vermögen würde keinesfalls die Investitionsneigung schwächen. In der Vergangenheit wurden sie vor allem auf den Finanzmärkten angelegt.



Kein Spielraum für Steuersenkungen

Sowohl CDU/CSU als auch FDP haben im Wahlkampf Steuersenkungen versprochen. Selbst die Vorstellungen von CDU/CSU, die „nur“ die Einnahmen des Staates um 15 Milliarden Euro belasten, würden den Sparbedarf mehr als verdoppeln. Ein derartiger Kahlschlag würde die Republik verändern.

Die IG Metall fordert, kleine Einkommen zu entlasten. Trotzdem könnte die Einnahmebasis des Staates verbreitert werden, wenn im Gegenzug hohe Einkommen und Vermögen, Unternehmen und Finanzmarktgeschäfte höher besteuert werden. Das wäre nicht nur gerechter, sondern würde auch die private Konsumnachfrage und damit die wirtschaftliche Erholung stärken.